



Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Die engagierte und mutige politische Arbeit der türkis-blauen Bundesregierung ist derzeit in aller Munde. Neben einer konsequenten Sicherheitspolitik des Bundesministers für Inneres Herbert Kickl und des Bundesministers für Landesverteidigung Mario Kunasek sowie großen Einsparungsmaßnahmen in Form von Zusammenlegungen der Sozialversicherungen - ohne jedoch Leistungen zu kürzen - wird auch vieles für die Familien in unserem Land getan.

Mit dem Familienbonus Plus können Eltern bis zu 1.500 Euro pro Kind und Jahr per Steuerrückzahlung erhalten. Dies ist schon ab dem kommenden Jahr möglich. Der Familienbonus Plus ist eine der größten Entlastungen für Familien seit 30 Jahren.

Auf Landesebene präsentierte die FPÖ Steiermark einen konkreten Plan, um das Wohnen für unsere Leut' wieder leistbarer zu machen. Angesichts der stetig steigenden Immobilienpreise und Wohnkosten ist seitens der ÖVP sowie seitens der SPÖ ein klares Bekenntnis zum Wohnbau erforderlich. Für viele Steirer stellt dieser wichtige Bereich eine massive finanzielle Belastung dar. Vor allem junge Menschen haben vielerorts Probleme, erschwinglichen Wohnraum zu finden. Aus diesem Grund stellten die Freiheitlichen eine Reihe von Maßnahmen vor, damit das Wohnen für die Steirer wieder leistbarer wird.

Auch in unserer Gemeinde ist bei den Freiheitlichen viel passiert. Anfang November stand der planmäßige Ortsparteitag der FPÖ Markt Hartmannsdorf auf dem Programm. Ich bin stolz darauf, Ihnen mitteilen zu können, dass ich mit 100 Prozent der Stimmen als FPÖ-Ortsparteiobmann wiedergewählt wurde.

Ich weiß dies sehr zu schätzen und werde mich bemühen, das in mich gesetzte Vertrauen zu bestätigen. Wir starten mit einer politischen Offensive für mehr Sicherheit in unserer schönen Gemeinde in die neue Funktionsperiode. Lesen Sie mehr dazu auf Seite 2.

Auch das Gesellige darf nicht fehlen. Daher veranstalten wir am 14. Dezember ab 15:00 Uhr einen Glühweinstand auf dem Dorfplatz. Kommt vorbei, diskutiert mit

uns über politische Themen und genießt die tollen Produkte! Dabei tun Sie auch etwas Gutes. Der Erlös dieser Veranstaltung kommt einem karitativen Zweck zugute. Wir freuen uns auf Ihren Besuch und wünschen Ihnen einen schönen Start in die Adventzeit.

**Ihr Gemeinderat
Bezirkskammerat
Martin Mittendrein**



Einladung zum

GLÜHWEINSTAND

DER FPÖ-ORTSGRUPPE MARKT HARTMANNSDORF

**14
Dez.**

Am Dorfplatz
ab 15.00 Uhr

Einnahmen werden für einen
karitativen Zweck genutzt.

Alle sind herzlich zum Glühweinstand eingeladen!
Die FPÖ Markt Hartmannsdorf freut sich auf Ihr Kommen!

Es wird darauf hingewiesen, dass am Veranstaltungsort Fotos und/oder Videos angefertigt werden und zu Zwecken der Dokumentation der Veranstaltung veröffentlicht werden können.

F.d.I.v.: FPÖ Bezirkspartei Weiz | 8160 Weiz

Geschätzte Bürgerinnen und Bürger!

Wir können uns glücklich schätzen, eine derart ambitionierte und tatkräftige Gruppe an Einsatzorganisationen in unserer Gemeinde zu haben. Die Politik ist hier aufgefordert, die Einsatzorganisationen zum Wohl aller Bürger zu unterstützen.

Daher haben wir in der letzten Sitzung des Gemeinderats einen Antrag eingebracht, dass im Bereich der Heizwerkstraße (L 366-Kreuzung Musikerheim bis zum Roten Kreuz) ein Halte- und Parkverbot eingeführt wird. Durch unregelmäßiges und unkontrolliertes Parken - meist von Gästen des Fußballplatzes - ist die Hauptzufahrt beziehungsweise die

Hauptausfahrt der ansässigen Einsatzorganisationen sehr oft behindert beziehungsweise blockiert.

Der Gemeinderat hat unseren Antrag einstimmig angenommen. Somit kommt es in der Heizwerkstraße zu einem einseitigen Halte- und Parkverbot von der L 366 bis zum Roten Kreuz.

Ich glaube, jedem ist bewusst, wie wichtig das Rote Kreuz und die Feuerwehr für unsere Gemeinde sind. In Notsituationen sind sie immer so schnell wie möglich am Ort des Unfallgeschehens. Bis zu ihrem Eintreffen liegt die Verantwortung jedoch bei den Ersthelfern.

Das korrekte und rasche Setzen von Erste-Hilfe-Maßnahmen kann Leben retten. Die Ortsstelle Markt Hartmannsdorf bietet dazu am 24. November 2018 von 08:00 bis 16:00 Uhr einen Auffrischkurs an. Die Anmeldung erfolgt unter www.erstehilfe.at.

Nehmen Sie, wenn möglich, daran teil. Werden auch Sie ein Lebensretter!

**Ihr
Gemeinderat
Philipp
Heininger**



Sicherheit

Sicherheit ist für uns Freiheitliche ein essenzielles Thema: Sicherheit im Verkehr, Sicherheit im Alltag und natürlich die Sicherheit des Eigentums.

Da die dunkle Jahreszeit nun wieder im Lande ist, setzen wir in der nächsten Gemeinderatssitzung ein Zeichen - und zwar in Form einer Sicherheitsoffensive.

Der eigene Wohnraum ist und bleibt der Lebensmittelpunkt jedes Menschen und jeder Familie. Ein Einbruch in den eigenen vier Wänden ist für die Betroffenen oft ein großer Schock. Die Verletzung der Privatsphäre verändert nicht nur das Sicherheitsgefühl, welches auch verloren gehen kann. Sie kann auch Auslöser für schwerwiegende psychische Schäden sein, welche sich oft über Jahre hinweg auswirken und sogar bis zur Aufgabe der Wohnung sowie dem Austausch der gesamten Bekleidung führen können.

Daher stellen wir den Antrag, dass die Anschaffung von Sicherheitsanlagen ab sofort mit zehn Prozent der Investitionskosten seitens der Gemeinde subventioniert wird. Dies gilt für Alarmanlagen,

Videüberwachungssysteme, einbruchhemmende Türen und Fenster, Sicherheitsschlösser etc.

Des Weiteren fordern wir die Bestellung eines Sicherheitsreferenten seitens der Gemeinde. Die Gemeinderäte müssen sich dazu bekennen, dass ihnen die Sicherheit der Einwohner wichtig ist und dieses Thema ernst genommen wird. Der Sicherheitsreferent soll für die Bevölkerung und für die Einsatzorganisationen ein fachspezifischer sowie zentraler Ansprechpartner seitens der Gemeinde sein. Neben seiner Aufgabe als Kommunikator zwischen der Bevölkerung, den

Einsatzorganisationen und der Gemeinde sollte sich der Sicherheitsreferent auch intensiv mit dem Thema Kriminalprävention auseinandersetzen.

Das führt uns zu unserem dritten Antrag. Künftig soll anlassbezogen, jedoch zumindest ein Mal pro Jahr, ein öffentlicher Vortragsabend zum Thema Kriminalprävention organisiert werden. Je besser die rechtschaffene Bevölkerung über die Methoden bei Betrügereien und Verbrechen Bescheid weiß, umso schwieriger ist es für die Täter. Weiters tragen entsprechende Vorträge zum subjektiven Sicherheitsempfinden bei.



Sicherheitsoffensive

- » Anschaffung von Sicherheitsanlagen subventionieren
- » Sicherheitsreferenten bestellen
- » Vortragsabende zur Kriminalitätsprävention

www.fpoe-stmk.at



**BKR Martin
Mittendrein**
Gemeinderat

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Markt Hartmannsdorf!

Seit Juni dieses Jahres wohne ich nun mit meiner Familie im wunderschönen Markt Hartmannsdorf. Meine Partnerin, ihre Tochter sowie ich fühlen uns von Beginn an sehr wohl und vor allem gut aufgehoben in der Gemeinschaft der Einwohner. Die Freundlichkeit, der respektvolle Umgang miteinander und die Hilfsbereitschaft sind einzigartig.

Nach einer gewissen Eingewöhnungsphase habe ich mich dazu entschlossen, der Gemeinde sowie den Bewohnern etwas zurückzugeben und mich für die positive Entwicklung von Markt Hartmannsdorf einzusetzen. Für mich gibt es nur eine Fraktion, die dafür infrage kommt: die FPÖ. Egal, auf welcher Ebene: Die Freiheitlichen stehen zu ihrem

Wort. Sicherheit und Familie stehen immer im Fokus, genau wie die Politik für die eigene Bevölkerung - und das mit Handschlagqualität.

Bestes Beispiel dafür ist die Ablehnung des UN-Migrationspakts. Es war die einzig richtige Entscheidung, dieses Papier, welches aus der Migration ein Menschenrecht macht, abzulehnen. Man darf nicht vergessen, dass laut „Focus Online“ bis zu zwei Drittel der Bevölkerung Zentralafrikas ihr Heimatland in Richtung Europa verlassen wollen. Was eine Unterzeichnung des UN-Migrationspakts für Österreich in diesem Fall bedeuten würde, kann sich jeder vorstellen. Österreich ist ein Land, das schon immer seine Hilfsbereitschaft gezeigt



hat, jedoch müssen wir endlich von dem Gedanken wegkommen, die ganze Welt retten zu können. Machen wir lieber Politik für unsere heimischen Familien, unsere Pensionisten und unsere Kinder - damit es der österreichischen Bevölkerung im eigenen Land gut geht.

Ihr Thomas Rath

NEIN zu einem kilometerabhängigen EU-Mautsystem

Freiheitliche rufen eine Petition gegen ein drohendes Brüsseler Belastungspaket ins Leben.

In Österreich wird für die Benutzung von Autobahnen und Schnellstraßen von allen ausländischen und inländischen Fahrzeugen eine Maut erhoben. Im Gegensatz zu anderen Ländern erfolgt dabei die Einhebung bekanntlich in Form einer Vignette. Entgegen dieser bewährten Regelung plant die EU-Kommission, ein europaweit einheitliches Pkw- und Lkw-Mautmodell zu etablieren. Die Höhe der Gebühr für die Benutzung der heimischen Autobahnen soll dann von den tatsächlich gefahrenen Kilometern abhängig sein. Heimische Autofahrerklubs rechnen für die österreichischen Autofahrer mit Mehrkosten in Milliardenhöhe.

„Die FPÖ fühlt sich den Interessen der heimischen Pendler verpflichtet, weswegen wir uns von Beginn an gegen das Vorhaben der EU-Kommission ausge-

sprochen haben. Es kann nicht sein, dass die österreichischen Autofahrer durch Brüsseler Belastungsmaßnahmen geschröpft werden!“, so der Abgeordnete zum Landtag Steiermark Erich Hafner. Würde ein kilometerabhängiges Mautsystem tatsächlich zur Umsetzung gelangen, so müssten etwa Pendler, die beispielsweise an 223 Arbeitstagen im Jahr von Leibnitz nach Graz fahren, mit jährlichen Mehrkosten von 914 Euro rechnen. Autofahrer, die zwischen Hartberg und Graz pendeln, würden infolge des Brüsseler Modells jedes Jahr sogar 1.572 Euro an Mehraufwendungen tragen müssen. Diese Zahlen basieren auf der vom ÖAMTC errechneten Annahme, dass sich ein derartiges Verrechnungssystem erst ab 5 Cent pro gefahrenen Kilometer auszahlen würde.

„Gerade in der ländlich geprägten Steiermark sind viele Bürger auf die tägliche Benutzung der heimischen Autobahnen angewiesen. Mit unserer Petition wollen wir davor

warnen, dass ein kilometerabhängiges EU-Mautsystem enorme Mehrkosten für heimische Pendler bedeuten würde“, so der Verkehrssprecher des Freiheitlichen Landtagsklubs Erich Hafner. Die Petition „NEIN zu einem kilometerabhängigen EU-Mautsystem“ kann auf der Homepage der FPÖ Steiermark unter www.fpoe-stmk.at abgerufen werden. Darüber hinaus werden steiermarkweit Unterschriften gesammelt und Informationsveranstaltungen abgehalten. Mitte Jänner 2019 werden die Unterstützungserklärungen an das Europäische Parlament übermittelt. „Wir Freiheitliche beabsichtigen mit der gegenständlichen Petition dem Bürgerprotest gegen das Brüsseler Mautkonzept - von der Steiermark ausgehend - eine Stimme zu verleihen“, so der Landtagsabgeordnete Erich Hafner abschließend.



Euer Erich Hafner
Abgeordneter zum Landtag Steiermark und
Bezirksparteiobmann
Telefon: 0664 / 465 89 14
E-Mail: erich.hafner@fpoe.at



Leistbares Wohnen für unsere Leut'.


Mario Kunasek
Bundesminister für Landesverteidigung
FPÖ-Landesparteiobmann

FPÖ
DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

FPÖ-Bezirksbüro Weiz

Lederergasse 12 · 8160 Weiz
Telefon: 03172 / 30 6 54
E-Mail: weiz@fpoe-stmk.at



Nicol Prem,
Bezirkssekretärin
Mobil:
0664 / 35 28 059



Kerstin Fasching,
Bezirkssekretärin
Mobil:
0664 / 43 55 150

Öffnungszeiten:

MONTAG: 08:00 Uhr bis 13:00 Uhr
DIENSTAG: 08:00 Uhr bis 13:00 Uhr
MITTWOCH: 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
DONNERSTAG: 08:00 Uhr bis 13:00 Uhr
FREITAG: 08:00 Uhr bis 13:00 Uhr

Wollen Sie unsere
freiheitlichen
Ideen unterstützen?

Wollen Sie sich beteiligen
oder haben Sie ein Anliegen,
das Ihnen wichtig ist?

Herzlich willkommen! Bei uns sind Sie richtig!

Hier kann sich jeder nach seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten einbringen. Egal, ob regelmäßig oder sporadisch, aktiv oder einfach nur, um unserer Gemeinschaft anzugehören:

Wir freuen uns auf Sie.

www.fpoe-stmk.at



Österreich vertraut dieser Regierung

Aktuelle „Grundwertestudie“ zeigt, dass das Regierungsprogramm den Wünschen der Österreicher voll und ganz entspricht.

Die Österreicher haben von der Politik ein bedeutend positiveres Bild als noch vor zehn Jahren. Die Demokratie genießt höchste Zustimmungsraten. Auch die Zufriedenheit mit der Bundesregierung ist gestiegen, weil diese Regierung die Sorgen der Österreicher betreffend Sicherheit und Einwanderung endlich ernst nimmt.

96 Prozent schätzen die Demokratie

Das offizielle Österreich feiert das hundertjährige Bestehen der Republik. Die Universität Wien untermauert mit ihrer aktuellen „Europäischen Wertestudie“ die stabile Entwicklung des Landes: Die Demokratie wird von 96 Prozent der Österreicher als sehr gutes oder gutes politisches System für das Land eingeschätzt.

Einen großen Anteil an dieser positiven Stimmungslage hat auch die neue Bundesregierung. Die von ihr ausgerufene und engagiert angegangene politische Wende kommt bei den Österreichern sehr gut an.

Während sich die Bürger in der Umfrage 2008 von der Politik noch schwer enttäuscht zeigten, gibt es 2018 ein deutlich positiveres Bild. 56 Prozent der Bevölkerung sind jetzt zufrieden damit, wie das politische System in Österreich derzeit funktioniert. Nur 20 Prozent sind unzufrieden.

Der Regierung vertrauen in der aktuellen Erhebung 42 Prozent, während 2008 gerade einmal 17 Prozent der Politik der damaligen „großen Koalition“ etwas Positives abgewinnen konnten.

Problemfeld Einwanderung

Diese Diskrepanz zwischen veröffentlichter Meinung und der Wahrnehmung der Bürger zeigt sich auch bei einem anderen, bei der Nationalratswahl 2017 entscheidenden, Thema: der Einwanderung und deren Folgen. Das hat wohl auch zu diesem Vertrauensverlust in die Medien - und dem Vertrauenszuwachs in die neue Bundesregierung - beigetragen.

Fast drei Viertel der Österreicher sind nämlich davon überzeugt, dass die Einwanderung unser Sozialsystem belastet und die Kriminalitätsprobleme in den letzten Jahren verschärft hat.

Wegen dieser Einwanderung in das Sozialsystem glaubt auch nur noch ein Drittel, dass Einwanderer den Österreichern Arbeitsplätze wegnehmen. Vor zehn Jahren, als es um die Arbeitsmarktöffnung für die osteuropäischen EU-Mitglieder ging, glaubte das noch rund die Hälfte. Auch hier haben die Bürger mehr Sinn für die Realität bewiesen, als die EU-freudigen Medien, wie die Arbeitsmarktdaten der letzten Jahre bestätigen.

Mehr Vertrauen in die Polizei

Diese, von der Einwanderung verursachten, gesellschaftlichen Veränderungen haben auch das Vertrauen in einige Institutionen gestärkt. Allen voran in die heimische Exekutive, der jetzt 87 Prozent der Österreicher wieder vertrauen - nach nur 68 Prozent vor zehn Jahren. Auf fast ebenso hohe Zustimmungswerte kommen auch das Gesundheitswesen und das Sozialsystem.



Vizekanzler und Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport sowie Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache